

16. Dezember 2013

Botschafter Adresse  
Michael Froman

Kommissar Adresse  
Karel De Gucht

Sehr geehrter Herr Botschafter Froman und Herr Kommissar De Gucht:

Wir, die unterzeichnenden Organisationen, richten uns mit diesem Brief an Sie, um unsere Ablehnung gegen die Einbeziehung des „Investor-State Dispute Settlement“ (ISDS), einem Mechanismus zur Beilegung von Investor-Staat-Streitigkeiten in das Abkommen der Transatlantischen Handels- und Investment-Partnerschaft (TTIP) auszudrücken.

Das ISDS gewährt ausländischen Investoren das Recht, in privaten Handelsgerichten politische Entscheidungen und Maßnahmen von Regierungen anzufechten, wenn diese gemäß der Unternehmen deren Anlagewert mindern. Auch wenn neue Richtlinien bei inländischen und ausländischen Investoren gleichermaßen angewandt werden, erlaubt das ISDS ausländischen Unternehmen, Schadensersatz bei Ausbleiben von 'verlässlichen rechtlichen Rahmenbedingungen' zu verlangen.

In den vergangenen Jahren wurde das ISDS zunehmend dazu genutzt, um in unterschiedlichsten Bereichen die Regierungspolitik anzufechten. Die Einbeziehung des ISDS in Freihandelsabkommen und bilaterale Investitionsabkommen hat es Unternehmen ermöglicht, mehr als 500 Klagen gegen 95 Regierungen einzureichen. Viele dieser Fälle greifen das öffentliche Interesse oder die Umweltpolitik direkt an. Aus folgenden Gründen fordern wir Sie nachdrücklich auf, das ISDS aus der TTIP auszugliedern.

**Das ISDS zwingt Regierungen, Steuergelder dafür aufzuwenden, um Konzernen Kompensationen für Richtlinien in Gesundheitswesen, Umwelt, Arbeit und andere das Gemeinwohl betreffende Bereiche zu zahlen:**

Das ISDS wurde dazu benutzt, das Gemeinwohl betreffende Politikbereiche wie Erneuerbare Energien, Bergbau, Landnutzung, Gesundheit, Arbeit u.a. anzufechten. Tatsächlich beziehen sich die 16 bereits unter US-amerikanischen Freihandelsabkommen anhängigen Fälle mit Forderungen von mehr als 14 Milliarden US-\$ alle auf die Bereiche Umwelt- und Energiepolitik, Finanzregulierung, Gesundheitswesen, Landnutzung und Transportwesen – jedoch auf keine traditionellen Handelsfragen.

Konzerne nutzen das ISDS zunehmend dazu, um nicht diskriminierende Regierungsmaßnahmen anzufechten. So haben Investoren aus der EU beispielsweise das Anheben des Mindestlohns durch die ägyptische Regierung angefochten. Und ein US-amerikanisches Unternehmen klagte in Vereinbarung mit dem ISDS gegen die peruanische Regierung für deren Entscheidung, den Umgang mit Giftmüll zu regulieren und ein stark umweltschädliches Hüttenwerk zu schließen. In einem der berühmtesten Fälle stieß der US-amerikanische Tabak-Gigant Philip Morris Prozesse zwischen Investoren und Staaten an, um Antirauchergesetze in Uruguay und Australien anzufechten, nachdem es dem Konzern nicht gelungen war, Gesetze im Gesundheitswesen in nationalen Gerichten zu untergraben. Gerade aufgrund der bedeutenden Anzahl von Unternehmen mit Sitz sowohl in den USA als auch in der EU, würde die Zahl an ISDS-Anfechtungen von Richtlinien, die das Gemeinwohl betreffen, im Falle der Einbeziehung des ISDS in die TTIP wahrscheinlich drastisch steigen.

Regierungen müssen die Flexibilität bewahren, Politik im öffentlichen Interesse zu gestalten, handelsbezogene Gerichtsverfahren zu fürchten, die von Konzernen angelehrt werden.

**Das ISDS untergräbt eine demokratische Entscheidungsfindung:** Das ISDS gewährt ausländischen Konzernen das Recht, in privaten Handelsgerichten politische Entscheidungen und Maßnahmen von Regierungen direkt anzufechten, dabei nationale Gerichte zu umgehen und ein neues Rechtssystem zu schaffen, welches ausschließlich ausländischen Investoren und multinationalen Konzernen Zugang gewährt. Das ISDS bietet Konzernen außerdem einen Gerichtsstand an, um Entscheidungen nationaler Gerichte anzufechten sowie nationale Entscheidungsfindung zu untergraben. Zusammengefasst lässt sich festhalten, dass das ISDS eine Einbahnstraße darstellt, durch die Konzerne Regierungspolitik anfechten können, gleichzeitig aber weder Regierungen noch Einzelpersonen vergleichbare Rechte gewährt werden, um Konzerne haftbar zu machen.

**Europäische und US-amerikanische Rechtssysteme sind befähigt, Investitionsstreitigkeiten zu behandeln:** Die USA und die EU haben sehr strenge nationale Gerichtssysteme und Schutzvorkehrungen für Besitzrechte. Die Einbeziehung des ISDS in die TTIP würde Konzerne lediglich mit neuen Mitteln ausstatten, um die Politik der heimischen Regierung anzufechten, welche von nationalen Gerichten als statthaft erachtet wird. Ein System zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen zwei Vertragsstaaten ist mehr als ausreichend, um Investitionsstreitigkeiten in der TTIP zu schlichten.

Diese und weitere Bedenken unterstreichen, warum unsere Organisationen sich gegen die Einbeziehung des Investor-Staat-Mechanismus in der TTIP stellen. Wir rufen Sie daher dazu auf, das „Investor-State Dispute Settlement“ aus dem Abkommen auszuschließen.

Mit freundlichen Grüßen

**U.S. und EU bzw. global:**

350.org

Global Marshall Plan Initiative

Greenpeace

IBFAN

International Trade Union Confederation

Naturefriends International

Transnational Institute

**Vereinigte Staaten**

ActionAid USA

African Services Committee, U.S. and Ethiopia

American Federation of Labor and Congress of Industrial Organizations (AFL-CIO)

American Federation of State, County and Municipal Employees (AFSME)

Americans for Democratic Action

Blue Green Alliance

Center for Digital Democracy

Center for Effective Government

Center for Food Safety

Center for International Environmental Law (CIEL)

Citizens Trade Campaign  
Coalition for Sensible Safeguards  
Communications Workers of America (CWA)  
Consumer Action  
Consumer Federation of America  
Consumers Union  
Earthjustice  
Environmental Investigation Agency  
Fair World Project  
Farmworker Association of Florida  
Food & Water Watch  
Friends of the Earth U.S.  
Health GAP (Global Access Project)  
Indiana Toxics Action Project  
Institute for Agriculture and Trade Policy  
Institute for Policy Studies, Global Economy Project  
International Brotherhood of Boilermakers  
International Brotherhood of Teamsters  
International Fund for Animal Welfare  
Knowledge Ecology International  
National Association of Consumer Advocates  
National Legislative Association on Prescription Drug Prices  
National Wildlife Federation (NWF)  
Natural Resources Defense Council (NRDC)  
Oil Change International  
Pesticide Action Network North America  
Portland Area Global AIDS Coalition-Global South  
Public Citizen  
Sierra Club  
Sisters of Notre Dame de Namur Justice and Peace Network  
Sustainable Energy & Economy Network  
United Steelworkers (USW)  
Women's Voices for the Earth

**Europa:**

11.11.11, Belgien  
Act Up, Frankreich  
Africa Europe Faith and Justice Network (AEFJN) Belgien  
Afrika Kontakt, Dänemark  
A G Post-Fossil, Deutschland  
AITEC, Frankreich  
Alliance for Cancer Prevention, UK  
Amigos de la Tierra (FoE Spanien)  
Aquattac, Europa  
Arbeiterkammer Wien, Österreich  
Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (ABL), Deutschland  
Arbeitskreis Heckenschutz, Deutschland  
ATTAC Österreich  
ATTAC Darmstadt, Deutschland  
ATTAC Frankreich  
ATTAC Deutschland  
Attac Gruppe Schwalm-Eder, Deutschland

ATTAC Stuttgart, Deutschland  
Attac Wuppertal (Agrargruppe), Deutschland  
Österreichischer Gewerkschaftsbund (ÖGB)  
Baby Milk Action, UK  
Bee Life European Beekeeping Coordination  
Berliner Wassertisch (Berlin Watertable), Deutschland  
Buglife - The Invertebrate Conservation Trust, Europe  
BUND e.V. - Friends of the Earth Deutschland  
Bürgerinitiative Fracking freies Hessen, Deutschland  
Bürgerinitiative für ein lebenswertes Korbach, Deutschland  
Campact e.V., Deutschland  
CEE Bankwatch Network, Europe  
Center for Encounter and Active Non-violence, Österreich  
Chaos Computer Club e.V., Deutschland  
ClientEarth, UK, Belgium, Polen  
Climate Action Network Europe  
CNCD-11.11.11, Belgien  
Corporate Europe Observatory, Belgien  
Danish Ecological Council  
Décroissance Bern, Schweiz  
Deutsche Umweltstiftung, Deutschland  
Deutscher Berufs- und Erwerbssimkerbund e.V  
Deutscher Naturschutzring (DNR), Deutschland  
DIVaN e.V., Deutschland  
Earth Watch Media, Niederlande  
Ecologistas en Acción, Spanien  
EcoNexus, UK and International  
European Attac Network, Europe  
European Environmental Bureau (EEB)  
European Federation of Public Service Unions (EPSU)  
European Professional Beekeepers Association  
European Public Health Alliance  
Fairwatch, Italien  
Federation of Greek Beekeepers Associations  
Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V.,  
Deutschland  
Friends of the Earth Europe  
Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB), Deutschland  
Gen-ethisches Netzwerk, Europe  
Naturschutzbund Deutschland e.V. (NABU), BirdLife partner, Deutschland  
German NGO Forum on Environment and Development  
Germanwatch  
Gewerkschaft der Gemeindebediensteten-Kunst, Medien,Sport, freie Berufe  
(GdG-KMSfB), Österreich  
Global Responsibility - Austrian Platform for Development and Humanitarian  
Aid, Österreich  
Health Action International  
Health and Environment Alliance (HEAL), Europa  
Health Care Without Harm, Europa  
Health Poverty Action, UK  
Ibfan Italia, Italien  
Initiativ Liewensufank, Luxemburg

Initiative für Netzfreiheit, Österreich  
Institut za trajnostni razvoj(Institute for Sustainable Development), Slovenien  
John Mordaunt Trust, UK  
Keep Our NHS Public, UK  
KEPKA (Consumers Protection Center), Griechenland  
Lambeth Keep Our NHS Public, UK  
Les Verts du Golfe, Frankreich  
Milieudéfense, Friends of the Earth Niederlande  
National Union of Teachers, UK  
NaturFreunde Deutschlands, Deutschland  
NOAH, Friends of the Earth Dänemark  
No Moor Fracking, Deutschland  
ÖBV-Via Campesina Österreich  
Occupy London Economics Working Group, UK  
Occupy London - Real Democracy Working Group, UK  
One World Week-UK  
Patients4nhs, UK  
PELLETIER, Rhone-Alpes  
PEGAH - Verein für regionale und globale Kunst und Kultur / Iranischer Kunst-  
und Kulturverein, Deutschland  
Pesticide Action Network Europe  
Piratenpartei, Deutschland  
PowerShift e.V., Deutschland  
PRO-GE, Österreich  
Quercus - ANCN, Portugal  
Reseau Environment Sante, Frankreich  
R.I.S.K. Consultancy, Belgien  
Slovene Consumers Association, Slovenien  
Slow Food Deutschland e.V., Deutschland  
SOMO, Niederlande  
StopTTIP, UK  
Student Stop AIDS Campaign, UK  
SÜDWIND, Österreich  
The Berne Declaration, Switzerland  
The Cancer Prevention & Education Society, England  
The Danish Ecological Council  
The Energy, Equity and Environment Group of Occupy London  
Therapeutikum Wuppertal e. V., Deutschland  
Tower Hamlets Keep Our NHS Public, UK  
Trade Justice Movement,UK  
Trades Union Congress, UK  
Traidcraft Exchange, UK  
Transition Town Brixton, UK  
Transport & Environment  
UK National Hazards Campaign, UK  
Umweltdachverband, Österreich  
UNISON, UK  
Vrijschrift, Niederlande  
War on Want, UK  
Wasser in Bürgerhand (WIB), Deutschland  
Women and Development (KULU), Dänemark  
Women in Europe for a Common Future

World Development Movement (WDM), UK  
World Economy, Ecology & Development (WEED), Deutschland  
WWF European Policy Office

**Afrika**

AIDSCARE WATCH ORG, Kenya  
Center for Health Human Rights and Development, Uganda  
Girls-Awake Foundation (GAF), Uganda  
Treatment Action Campaign, South Africa

**Asien**

IBFAN-ICDC, Malaysia

**Lateinamerika**

Democracy Center, Bolivia  
LATINDADD